



NEWSLETTER

Ausgabe 23. Juli 2012

SPD-SPITZE FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Landesvorstand beschließt industriepolitischen Leit Antrag für den Landesparteitag am 29. September in Wiesloch – alle Infos auf www.spd-bw.de

Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg hat am Samstag einen industriepolitischen Leit Antrag für den Landesparteitag am 29. September in Wiesloch beschlossen. Im Rahmen der SPD-Jahreskampagne „Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg“ wird darin betont, „das Projekt der sozial-ökologischen Modernisierung der Wirtschaft“ entschieden voranzubringen. „Damit wollen wir den Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft zukunftsfest machen“, erläuterte SPD-Chef Nils Schmid in Stuttgart. Hauptbestandteile des Antrags sind insbesondere die Stärkung industrieller Kerne, von Mittelstand und Dienst-

leistungen, die Schaffung einer modernen Infrastruktur und die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs im Land. „Auch wirtschaftspolitisch bedarf Baden-Württemberg eines Kurswechsels, um den Wohlstand des Landes zu wahren, das Soziale und das Gemeinwohl zu sichern sowie durch Nachhaltigkeit unsere gemeinsame Zukunft und die nachfolgender Generationen zu gewährleisten“, so die Sozialdemokraten in ihrem Leit Antrag. „Wir wollen eine gute Wirtschaft und ein soziales Baden-Württemberg!“ Alle Informationen rund um den Parteitag, zum Programm und zu den Anträgen auf unserer Homepage www.spd-bw.de.

Erfolgreicher Landesvorstand am Samstag: Während sich die CDU an ihrer Vergangenheit abarbeitet, beschäftigen wir uns mit der Zukunft unseres Landes. Mit unseren Leit Anträgen haben wir wichtige inhaltliche Weichen gestellt. Ich wünsche einen schönen Sommer!



Katja Mast

Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

IMPRESSUM

SPD Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/619 36-0
Fax-Nr.: 0711/619 36-20
E-Mail: bawue@spd.de
V.i.S.d.P.: Andreas Reißig



Freiheit und Sicherheit zugleich

Alkoholkonsumverbot: Städte sollen selbständig entscheiden

Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen soll künftig zeitlich und örtlich in eng begrenzter Form verboten werden können. Der Landesvorstand wird dem Parteitag einen Antrag vorlegen, der diese Änderung der gesetzlichen Vorgaben zum Ziel hat. Der Landesgesetzgeber sei gefordert, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, nach der dann die Städte und Gemeinden selbständig entscheiden können. „Sicherheitspolitik, wie wir sie verstehen, hält immer die Balance zwischen Freiheitsrechten auf der einen und dem Sicherheitsbedürfnis auf der anderen Seite. Ein Alkoholkonsumverbot kann man daher stets nur als Ultima Ratio ansehen“, so die Ausführungen im Antrag. „Entscheiden über ein solches müssen dabei allein die kommunalen Verantwortungsträger, die die Situation vor Ort am besten einschätzen können.“ Gleichzeitig sollen flankierende Präventionsmaßnahmen stattfinden, um die Situation so zu verbessern, dass das Verbot letztlich wieder zurückgenommen werden kann.

Parité auf Kommunalwahllisten: Gleichstellung durch Selbstverpflichtung

„Wir machen ernst mit der Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik“ – Anhörung zu gesetzlicher Verankerung der Quote beschlossen

Der Landesparteitag am 29. September in Wiesloch wird auch über eine Änderung der Wahlordnung der SPD in Baden-Württemberg befinden. Der Landesvorstand schlägt vor, bei der Aufstellung von Kommunalwahllisten künftig eine verbindliche Geschlechterquote von 50 Prozent zu verankern. „Die Aufstellung der Listen erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin“, heißt es konkret im Antrag des Landesvorstands. Die Frauenquote würde damit parteiintern bereits zu den Kommunalwahlen 2014 umgesetzt. „Mit dieser Selbstverpflichtung machen wir klar, dass es uns ernst ist mit der Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik“, erklärte dazu der SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid. Falls die Listenplätze am Schluss je nicht mehr abwechselnd besetzt werden können, werden sie mit Kandidaten gleichen Geschlechts „aufgefüllt“.

Was die Frage nach einer gesetzlichen Verankerung des „Reißver-

schlusses“ bei allen Parteien betrifft, so hat der Landesvorstand entschieden, zunächst eine Anhörung dazu durchzuführen. Ziel ist, aufzuzeigen, in welchem rechtlichen Rahmen die sogenannte Parité verwirklicht werden kann. Eine „harte Quote“, bei der nur so viele Frauen wie Männer aufgestellt werden können, ist dabei verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. „Wir wollen wissen, was geht – und nicht, was nicht geht“, so Generalsekretärin Katja Mast.

Auf der Anhörung sollen allerdings nicht nur rechtliche Fragen diskutiert werden. „Wir müssen auch handfeste praktische Probleme ansprechen, die Frauen von Kandidaturen bei Kommunalwahlen bisher abhält.“ Darunter fällt laut Katja Mast zum Beispiel auch der zeitliche Ablauf von Sitzungen, der mit Kinderbetreuung oft nicht vereinbar ist. Außerdem will die Landespartei ein spezielles Mentorenprogramm für Frauen auflegen. „Die SPD ist und bleibt die Partei der Gleichstellung“, betonte die Generalsekretärin.

RUDOLF LUZ



Rudolf Luz, Mitglied im Präsidium der Landes-SPD, hatte bei der Erstellung des Leitanspruchs zur Industriepolitik die Federführung. „Für uns gilt: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Das ist die klare Botschaft unseres Antrags“, erklärte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm. „Dafür wollen wir das Projekt der sozial-ökologischen Modernisierung der Wirtschaft voranbringen.“

KRETSCHMANN ZU GAST



Auf der Sitzung des SPD-Landesvorstands war auch Winfried Kretschmann zu Gast. In konstruktivem Gedankenaustausch mit dem Ministerpräsidenten wurden zahlreiche Themen der Koalition miteinander diskutiert. „Wir freuen uns über den Besuch, das setzen wir fort“, sagte Nils Schmid. Der SPD-Landeschef stand bereits einige Wochen zuvor bei einer Landesvorstandssitzung der GRÜNEN Rede und Antwort.

HENDRIK BEDNARZ



Den Antrag zum Alkoholkonsumverbot hat Hendrik Bednarz, Mitglied im Landesvorstand, maßgeblich geprägt. „Das Konsumverbot und Präventionsmaßnahmen dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden“, so der Rechtsanwalt. „Der exzessive Genuss von Alkohol ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches sich durch ein eng gefasstes Verbot alleine mit Sicherheit nicht lösen lässt.“